

Das religiöse Umfeld nach dem Tod von Hugo Chávez

Venezuela: Wahlen, Menschenrechte und die Kirche

Seitdem 2013 Venezuelas Staatspräsident Hugo Chávez starb, bröckelt die Machtbasis der Regierungspartei. Die wirtschaftliche Krise spitzt sich zu. Seit geraumer Zeit übernimmt die Kirche de facto die Rolle der Opposition. Am 6. Dezember 2015 stehen jetzt die Parlamentswahlen an. **VON REINER WILHELM**

Schon zu Lebzeiten war der politische Diskurs des Comandante *Hugo Chávez* geprägt von einer religiösen Sprache, für die die einfache venezolanische Bevölkerung sehr zugänglich ist. Daher verwundert es nicht, dass er bereits vor seinem Tod Eingang in die Volksfrömmigkeit vieler Venezolaner gefunden hat: Keine Seltenheit sind Hausaltäre, auf denen neben den Statuetten der Muttergottes, des Ortsheiligen, des Namenspatrons oder des persönlichen Schutzheiligen auch die des „heiligen“ Hugo Chávez steht.

Die gottgleiche Verehrung, die unmittelbar nach dem Tod des Präsidenten einsetzte, und die Ankündigung, den Leichnam mumifizieren zu lassen, haben den Kult verstärkt. Wie kaum ein Politiker wurde Chávez von einem Großteil der Bevölkerung nach seinem Tod zum Mythos und Heilsbringer stilisiert. Inzwischen hat er Eingang in den Kosmos des sogenannten María-Lionza-Kultes gefunden – ein Synkretismus, in dem der Katholizismus mit indianischen und afrikanischen Religionen zusammenfließt. Sogar

bis hinein in die „Santería“, eine afro-amerikanische Religion, die durch die Präsenz der Kubaner in Venezuela an Bedeutung gewonnen hat, schaffte es der „heilige“ Chávez.

Nicht nur, dass Präsident *Nicolás Maduro*, sein Amtsnachfolger und persönlicher Auserwählter, vorgibt, über einen Vogel mit dem Comandante regelmäßig in Verbindung zu stehen (er soll ihm sogar erscheinen), im September 2014 betete eine glühende Aktivistin der sozialistischen Staatspartei ein auf Chávez umgedichtetes „Vater Unser“. Auf das „Amen“ folgte ein überzeugtes „Viva Chávez!“ Die Parallelen ziehen sich durch den gesamten Text: „Chávez Unser, der Du bist im Himmel, auf der Erde und im Meer,... Geheiligt werde Dein Name,... Dein tägliches Licht gib uns heute,... und führe uns nicht in die Versuchung des Kapitalismus, sondern erlöse uns von dem Bösen der Oligarchie.“

Als die Kirche sich beklagte und Respekt vor dem zentralen Gebet aller Christen einforderte, reagierte der venezolanische Präsident Maduro mit Verweis auf die Freiheit der Poesie. Mehr noch, er setzte das „Werk“ mit dem des Nobel-



Reiner Wilhelm (geb. 1965) ist Theologe und Missionswissenschaftler. Er arbeitet seit 1998 als Länderreferent bei der Bischöflichen Aktion Adveniat und ist für die Projekte in Bolivien, Mexiko und Venezuela zuständig.

preisträgers *Pablo Neruda* gleich und warf den Bischöfen Inquisition vor.

Heute beherrschen überall im Land die Augen Hugo Cháves' die Häuserwände als Zeichen der Präsenz des Comandante über seinen Tod hinaus. Unwillkürlich wird man an die Gottesdarstellung des Auge Gottes erinnert oder schlichtweg an „Big Brother“. Wirkt der Mythos Chávez im einfachen Volk ungebrochen weiter, bröckelt das Ansehen des Präsidenten und der chavistischen Partei zusehends.

Das aktuelle politische und wirtschaftliche Umfeld

Am 6. Dezember 2015 sind die Venezolaner zum ersten Mal nach dem Tod von Hugo Chávez zur Wahl eines neuen Parlaments aufgefordert. Der Verkündigung des Wahltermins durch die Vorsitzende der nationalen Wahlkommission, *Tibisay Lucena*, am 22. Juni dieses Jahres gingen Spekulationen voraus, ob die Wahlen überhaupt abgehalten werden würden oder nicht. Gleichzeitig bestimmte die Wahlkommission, dass 40 Prozent der Kandidaten weiblich sein müssen, was gegen das Bündnis der Oppositionsparteien MUD (Mesa de Unidad Democrática, Tisch der demokratischen Einheit) gerichtet ist, die im Gegensatz zur Regierungspartei PSUV (Partido Socialista Unido de Venezuela, Geeinte sozialistische Partei Venezuelas) einen prozentual geringeren Anteil an Frauen in ihrer Führung hat. Daneben schloss die von der Regierung gelenkte Wahlkommission einzelne oppositionelle Kandidaten mit Verweis auf „Verfahren“, die zum Teil nicht einmal eröffnet sind, willkürlich aus, darunter bekannte Oppositionspolitiker wie *María Corina Machado*, *Enzo Scarano* und *Raúl Baduel*.

Bereits nach den Ereignissen im Februar 2014, bei denen die Regierung durch die Demonstranten aufgefordert wurde, gegen die schwierige wirtschaftliche Situation, die Korruption, die Straffreiheit und die steigende Kriminalität vorzugehen, wurden führende Köpfe der Opposition verhaftet. Darunter waren die Oppositionspolitiker *Leopoldo López* (Anführer der Partei *Voluntad Popular*) und die Bürgermeister von San Cristóbal, *Daniel Ceballos*, und Caracas, *Antonio Ledezma*. Weitere Oppositionspolitiker sitzen bis heute entgegen geltendem Recht und zum Teil ohne Anklage in Haft. Im September 2015 machte der Schauprozess ohne die Zulassung von Zeugen und Beweisen der Verteidigung sowie das harte Urteil gegen *Leopoldo López* (fast 14 Jahre Haft) deutlich, wie die Regierung mit der Opposition umzugehen

pflegt. Inzwischen wurde auch der ehemalige Präsidentschaftskandidat *Manuel Rosales* nach seiner Rückkehr aus dem Exil Mitte Oktober 2015 unmittelbar nach seiner Landung in Maracaibo inhaftiert.

Währenddessen spitzt sich die wirtschaftliche Krise im Land zu: Die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Medikamenten und Produkten des täglichen Bedarfs wird fortwährend schlechter. Die Schwarzmarktpreise, wie auch der parallele Wechselkurs, steigen rasant. Die Regierung ist untätig und scheut sich vor unpopulären Maßnahmen. Seit Jahren sind verlässliche Zahlen und Statistiken unter Verschluss, wie die der Förderung und Einnahmen durch das Erdölgeschäft, die Mord- oder die aktuelle Inflationsrate. Die Regierung flüchtet sich indes in Schuldzuweisungen und Ablenkungsmanöver, wie zuletzt die Ausweisung kolumbianischer Staatsbürger aus der Grenzregion der Bundesstaaten Táchira und Zulia im Westen des Landes oder die Reklamation von 62 Prozent des Staatsgebiets des benachbarten Guyana (Essequibo) im Osten, nachdem die dortige Regierung Bohrlicenzen an das US-amerikanische Ölkonzernunternehmen „ExxonMobile“ vergeben hatte. Die Grenzregionen Venezuelas stehen inzwischen unter Militärverwaltung mit eingeschränkten Bürgerrechten – darunter der bevölkerungsreiche Westen, der von der Opposition regiert wird –, sodass das Zustandekommen einer demokratischen, freien Wahl stark angezweifelt werden darf. Zudem hat die Regierung Venezuelas angekündigt, keine ausländischen Wahlbeobachter zuzulassen.

Ungelöst ist weiterhin die Sicherheitsfrage, insbesondere die hohe Mordrate, die laut inoffiziellen Angaben 2014 bei 83 Morden pro 100 000 Einwohner lag. Demnach wurden fast 25 000 Menschen umgebracht. Die Aufklärungsrate ist minimal. Selbst die Regierung gibt zu, dass Sicherheitskräfte an den Straftaten beteiligt sind. Im Juni dieses Jahres wurde die Regierung in zwei Anhörungen vor der UN-Menschenrechtskommission in Genf stark kritisiert, worauf Maduro ankündigte, man werde gegen die Leiter der beteiligten venezolanischen Menschenrechtsorganisationen, darunter die Abteilung *Justitia et Pax* der venezolanischen Bischofskonferenz, vorgehen und dazu aufrufen, Menschenrechtsaktivisten zu denunzieren.

Angesichts der zunehmenden Unzufriedenheit der Bevölkerung und des steigenden Drucks auf die Regierung wurde am 10. Juni 2015 eine Gesetzesänderung verkündet, gemäß der das Militär künftig auch Polizeiaufgaben überneh-

men kann. Außerdem soll die bolivari-sche Miliz, die nach dem Militärputsch 2002 durch Hugo Chávez gegründet worden war, in das Militär eingegliedert werden. Diese Maßnahmen lassen mehr und mehr darauf schließen, dass die Regierung sich darauf vorbereitet, sich einerseits gegen kriminelle Banden oder die bewaffneten chavistischen „Colectivos“ (mobile Gruppen, die zur Verteidigung der Revolution gegründet worden waren und sich zusehends verselbstständigt haben) zu erwehren, andererseits aber auch einem Wahlsieg der Opposition entgegenzuwirken. Schon jetzt kann der Präsident auf das geltende Ermächtigungsgesetz zurückgreifen, das ihm erlaubt, per Dekret am Parlament vorbei zu regieren. Dennoch ist Maduro angesichts der sich verschärfenden Krise und des Verlusts der Popularität seiner Regierung zur Legitimierung gezwungen. Nicht zu unterschätzen ist in diesem Zusammenhang der Annäherungsprozess zwischen Kuba und den USA und die zunehmende Isolierung Venezuelas.

Die aktuelle Rolle der katholischen Kirche

Bereits seit Beginn der Regierung Chávez 1999 kritisierte die Kirche regelmäßig das von Hugo Chávez etablierte politische und sozioökonomische System. Das führte recht bald zu einer immer stärker werdenden Belastung der Beziehungen zwischen der Regierung Chávez und Teilen der Hierarchie. Nachdem die Opposition die Parlamentswahlen im Dezember 2005 boykottiert und sich dadurch ins politische Abseits gestellt hatte, übernahm die Kirche bis 2010 *de facto* die Rolle einer Quasi-Opposition. Dabei gab sie in ihren Verlautbarungen regelmäßig ihre Sorge um die Demokratie, das Wirtschaftssystem und die zunehmende Polarisierung zum Ausdruck. Die Hoffnung auf eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Kirche und Regierung unter der neuen Präsidentschaft Nicolás Maduro erfüllten sich nicht.

Im Gegenteil: Inzwischen herrscht tiefe Sprachlosigkeit. Die Medien wurden zuletzt durch die Regierung daran gehindert, das Hirtenwort der venezolanischen Bischöfe nach ihrer Voll-

versammlung vom 9. Juli 2015 abzudrucken, indem sie damit drohte, ihnen die Zuteilung von Papier zu kürzen.

In besagter Verlautbarung, das unter dem Leitwort „Ich habe das Leid meines Volkes gesehen“ (Ex 3,7) steht, beklagen die Bischöfe deutlich den Umgang des Staats- und Regierungschef Maduro und der Regierungspartei mit der Opposition im Vorfeld der Wahlen. Über das, was sichtbar sei, dürfe nicht hinweggegangen werden, so die Bischöfe: „politische Gefangene, Schikanen, Folter und die Verletzung von Menschenrechten.“

Ebenso äußert sich der Episkopat besorgt zur Wirtschafts- und Versorgungskrise. Das Volk leide unter unzureichendem Zugang zur Gesundheitsfürsorge und Medikamentenmangel. Dinge des täglichen Bedarfs seien für die meisten Menschen nicht mehr erhältlich. Die Inflationsrate habe schlimmste Auswirkungen im Alltag der Menschen, vor allem der Familien. Hinzu kommen die Stromausfälle und die schlechter werdende Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser.

Besonders deutlich fällt die Kritik der Bischöfe an der Sicherheitslage im Land aus. Deshalb forderten die Bürger mehr Maßnahmen gegen die unkontrollierte Gewalt, die Straflosigkeit und den Drogenhandel. Kritik gilt auch den sogenannten „Friedenszonen“. Dies sind in der Regel Stadtteile, die von anarchistischen und kriminellen Banden kontrolliert werden, zu denen nicht einmal die Sicherheitskräfte des Staates ohne Erlaubnis von höherer Stelle Zugang haben.

Trotz des düsteren Bildes, das die Bischöfe in ihre Analyse zeichnen, rufen sie zum Wiederaufbau des Landes auf, bei der die Bürger Protagonisten einer neuen Gesellschaft werden sollen. Man müsse sich als Geschwister wiederfinden und um gemeinsame Lösungen bemüht sein. Fehler müssten revidiert, Ideologien, Fanatismus und unberühbare Dogmen sollen überwunden werden. Keine Seite habe ein Monopol auf die Wahrheit. Alle seien dem Gemeinwohl verpflichtet, bei der der Arme, der Respekt und der Dialog im Mittelpunkt stünden. Deutlich richten sich die Bi-

schöfe gegen eine Kultur des Todes, den Militarismus sowie gegen Lüge und Manipulation.

Bezugnehmend auf die Enzyklika „Laudato si“ von Papst Franziskus fordern die Bischöfe zu einem verantworteten Umgang mit der Natur auf, machen aber gleichzeitig deutlich, dass die Erde den Menschen gegeben wurde, um sie zu bebauen und damit die Versorgung mit Nahrungsmitteln zu sichern.

Zum Abschluss des Hirtenwortes weisen die Bischöfe auf die Bedeutung der Wahlen vom 6. Dezember 2015 hin. Dabei sei der Wahlrat, so die Bischöfe, zur Neutralität verpflichtet und müsse Vorteilsnahme oder Manipulation unterbinden und eine freie Entscheidung der Wähler garantieren. Ferner rufen die Bischöfe die Regierungspartei wie auch die Opposition dazu auf, das Gemeinwohl in den Vordergrund zu stellen. Ähnlich äußerten sich die Bischöfe in ihrer am 10. November veröffentlichten Erklärung zu den Parlamentswahlen.

Der Vatikan als Vermittler

Da die Bischöfe, insbesondere der Ständige Rat der Bischofskonferenz unter der Leitung des Erzbischofs von Cumaná, *Diego Padrón Sánchez* (obwohl er bereits die Altersgrenze von 75 Jahren überschritten hat, wurde er in der Vollversammlung im Juli 2015 für zwei weitere Jahre wiedergewählt), sich deutlich zu aktuellen Konflikten zu Wort melden, werden sie von der Regierung teilweise verschmäht, beschimpft oder schlichtweg ignoriert. So kritisierte die Regierung Maduro zuletzt im August dieses Jahres außergewöhnlich heftig die gemeinsame Erklärung der venezolanischen und kolumbianischen Bischofskonferenzen zum Konflikt an der kolumbianischen Grenze. Dabei waren über 1000 Kolumbianer ausgewiesen und vertrieben worden, etwa 10 000 Kolumbianer verließen aus Angst vor Repressionen Venezuela.

Anders verhält es sich dagegen zum Angebot des Vatikan, beim Dialog zu helfen. So kam es während des letzten Amerika-Gipfels in Panama im April 2015 zu einem Gespräch zwischen dem Kardinalstaatssekretär *Pietro Parolin*, langjähriger Nuntius in Venezuela, mit Venezuelas

Staatspräsident Maduro. Papst Franziskus selbst hatte sich wiederholt für einen Dialog zwischen Regierung und Opposition eingesetzt, um die innenpolitische Krise zu beenden. Ob der Vatikan in Venezuela eine ähnliche Vermittlerrolle anstrebt, wie sie Papst Franziskus zwischen den USA und Kuba eingenommen hatte, ist offen. Nuntius *Aldo Giordano* bekräftigte wiederholt seine Bereitschaft, in der aktuellen Krise zu vermitteln: „Die Kirche ist bereit, ihren Teil zum Dialog beizusteuern. (...) Die Türen der Nuntiatur stehen immer offen.“ Auch der Ständige Rat der venezolanischen Bischofskonferenz hatte im Vorfeld seiner Reise nach Rom im September 2015 davon gesprochen, Papst Franziskus als Vermittler in der innenpolitischen Krise gewinnen zu wollen.

Perspektiven für die Zukunft

Offen bleibt die Frage, ob die aktuelle Regierung unter Nicolás Maduro in der Lage ist, einen solchen Dialog einzugehen. Angesichts der desaströsen politischen wie auch ökonomischen

Situation Venezuelas haben die Zweifel weiter zugenommen, ob Maduro, der weder die charismatische Ausstrahlung seines Ziehvaters Chávez noch dessen Führungsfähigkeiten besitzt, dialogfähig und den Aufgaben eines Präsidenten noch gewachsen ist. Ferner traut niemand der Regierung mehr zu, die vielfältigen Probleme des Landes in den Griff zu bekommen. Dennoch gibt es im Regierungslager (wie auch in den Reihen der Opposition) viele Kräfte, die an einer Veränderung des aktuellen Status quo kein Interesse haben. Daher werden der Konflikt wie die Probleme auch nach den Wahlen weiter bestehen bleiben. Auch wenn die Regierung Maduro angezählt ist und die Umfragen zu den Wahlen der Opposition einen möglichen Sieg vorhersagen, fehlt es bislang an einem alternativen politischen Konzept. Hinzu kommen die faktisch diktatorischen Vollmachten des Staatspräsidenten, der am Parlament vorbei regieren kann, sodass man den Ausgang der Wahlen nicht überbewerten sollte. Sie könnten aber für Venezuela der

Beginn einer neuen Zeit bedeuten. In Anbetracht der hohen Zahl an Waffen im Land, des großen Aggressions- und Gewaltpotenzials in der Bevölkerung, der tiefen Polarisierung der politischen Lager und dem Misstrauen gegenüber den Institutionen und Parteien bleibt zu hoffen, dass ein solcher Wechsel ohne Blutvergießen vonstattengeht.

Die Kirche bereitet sich zusehends auf eine Zeit nach Maduro vor. Dabei wird die größte Herausforderung der Beginn eines echten, respektvollen Dialogs zwischen den verfeindeten Parteien in einer polarisierten Gesellschaft sein. Die Bischöfe sprechen gar von „Friedensarbeit“, die in Venezuela zunächst geleistet werden müsse. Die Kirche ist dank ihres engagierten, unermüdlichen, deutlichen und konsequenten Eintretens für die Armen und ihre Rechte die einzige Institution, die diese Aufgabe leisten kann. Ob und wann sie diese Rolle einnehmen kann, wird davon abhängen, wie sich die verschiedenen Akteure verhalten. ■

Aktuell

Europa: Die Schweiz rückt nach rechts

Am zweitletzten Oktobersonntag fanden die Wahlen für die 50. Legislatur des Schweizer Parlamentes statt. Zu wählen waren im Verhältniswahlverfahren die 200 Mitglieder des Nationalrates, der großen Kammer des Parlamentes. In 25 der 26 Kantone fanden gleichzeitig die Wahlen für die kleine Kammer, den 46 Mitglieder zählenden Ständerat gemäß kantonalem Recht statt; da die meisten Kantone dafür das Mehrheitswahlverfahren anwenden, braucht es in einigen Kantonen einen zweiten Wahldurchgang.

Das nicht unerwartete Ergebnis der Nationalratswahlen vom Oktober ist eine Stärkung der bürgerlichen Parteien. Die nationalkonservative Schweizerische Volkspartei (SVP) hat 2,8 Prozentpunkte zugelegt und damit mit einem Wähleranteil von 29,4 Prozentpunkten ihre Position als wählerstärkste Partei ausbauen können; die liberale FDP konnte 1,3 Prozentpunkte zulegen und damit einen Wähleranteil von 16,4 Prozentpunkten erreichen. Auch wenn sich die Mehrheitsverhältnisse im Ständerat von denjenigen im Nationalrat deutlich unterscheiden, werden es sozialpolitische und ökologische Vorlagen mit dieser Stärkung der Parteien rechts der Mitte schwerer haben; in migrations- und europapolitischen Fragen indes sind die Meinungen im bürgerlichen Lager geteilt.

Auch wenn der historische konfessionelle Graben in der schweizerischen Politik überbrückt ist, weisen fast alle Parteien noch immer eine gewisse kulturelle Nähe zu bestimmten Konfessionen auf. Die Ausnahme bildet die SVP, welche gleichermaßen protestantische und katholische Wählerinnen und Wähler anspricht. Für das Parteiprogramm der SVP ist die protestantische Arbeitsethik „Grundlage einer unternehmerischen und auch leistungsorientierten Gesellschaft“. Prägend für die Schweiz sei „aber auch der katholische Subsidiaritätsgedanke“. Damit bekenne sich die SVP „zur christlich-abendländischen Kultur“ als Basis der schweizerischen Identität. Darüber hinaus wird das Christentum als ein Abgrenzungskriterium gegen andere Menschen und andere Religionen eingesetzt. Obwohl Toleranz und Offenheit zum christlichen Erbe zählen, müssten gewisse Entwicklungen kritisch begleitet werden. „Es gibt heute das Denktabu, den Islam genauer und auch differenziert kritisch zu beleuchten.“ Damit scheint sich ein neuer religiös orientierter Graben zu öffnen, eine Spannung zwischen kirchlich religiös und zivilreligiös. Während die Kirchen das Gespräch mit Menschen muslimischen Glaubens pflegen, setzte sich die SVP für das Minarettverbot ein und wird wohl auch die jüngste Volksinitiative für ein Verhüllungsverbot unterstützen. *Rolf Weibel*